

Anstelle eines Pflichtdienstes - Engagement fördern und wertschätzen!

Der Brandenburger Innenminister und CDU-Landesvorsitzende Michael Stübgen hat die Einführung eines verpflichtenden Dienstes im Gesundheitswesen und im Katastrophenschutz vorgeschlagen. Der Landesjugendring Brandenburg e.V. lehnt diesen Vorschlag ab und fordert stattdessen, auf den Ausbau der Freiwilligendienste sowie eine bessere strukturelle Förderung ehrenamtlichen Engagement zu setzen!

Der LJR Brandenburg e.V. und das LJR Brandenburg Trägerwerk e.V., das jedes Jahr bis zu 100 junge Freiwillige im Sozialen und Ökologischen Jahr sowie im Bundesfreiwilligendienst begleitet, halten die Idee eines verpflichtenden Dienstes für falsch. Dazu Silke Hansen, Vorstandssprecherin LJR: „Natürlich zeigt die Corona-Pandemie mit aller Härte die Engpässe im Sozial- und Gesundheitswesen auf. Jahrelange politische Fehlentscheidungen dadurch auszugleichen, indem man den Schutz der Bevölkerung auf die Schultern junger Menschen stützt, ist für uns nicht hinnehmbar. Der Vorschlag bedeutet außerdem einen erheblichen Eingriff in die Freiheitsrechte junger Menschen sowie in ihre individuelle Lebensplanung. Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass Engagement nicht verzweckt und erzwungen werden darf.“

„Der Freiwilligendienst soll ein Gewinn für die Gesellschaft, aber auch für die Engagierten selbst sein. Dies kann aus unserer Sicht nicht funktionieren, wenn Engagement Löcher in der Sicherheits- und Daseinsvorsorge stopfen soll. Attraktive Lern- und Bildungsorte können nur geschaffen werden, wenn Engagement freiwillig und selbstbestimmt erfolgt.“, so Franziska Rausch, Referentin für das Freiwillige Soziale Jahr im LJR Brandenburg Trägerwerk e.V.

Jedes Jahr ist die Nachfrage nach Freiwilligendienstplätzen höher als das Angebot. Landesjugendring und Trägerwerk bedauern, dass die Idee eines Pflichtdienstes erneut aufkeimt. Es gibt andere gute Ideen, die seit Jahren auf dem Tisch liegen. Nötig ist mehr Wertschätzung für alle Menschen, die einen Freiwilligendienst leisten oder sich ehrenamtlich engagieren. Statt warmer Worte muss die Anerkennung durch eine finanzielle und rechtliche Stärkung der Freiwilligendienste sowie strukturelle Förderung von Ehrenamt erfolgen. Freiwilligendienst und Ehrenamt müssen außerdem im Rahmen von Ausbildung, Studium und Beruf besser anerkannt werden.

Pressekontakt: Annetrin Friedrich (annetrin.friedrich@ljr-brandenburg.de | 0331 620 75 34) und Franziska Rausch (franziska.rausch@ljr-brandenburg.de | 0331 620 75 37)